

Die Deutsche Industrie zur Finanzreform

Dr. Silverberg spricht vor dem Reichsverband

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Berlin, 12. Dez. Zu der öffentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hatten sich mehr als 3000 Teilnehmer eingefunden. Der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Duisberg, begrüßte besonders die Vertreter des Reichs, Reichsbauminister Dr. Curtius und Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Moldenhauer, ferner den preussischen Handelsminister Dr. Schreiber, den Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, ferner den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, bei dessen Erwähnung sich ein Pfeiflärm erhob, sowie weitere Vertreter der Reichs- und Länderbehörden und der Kommunen.

Geheimrat Duisberg

führte n. a. aus: Seit der letzten Hauptversammlung in Düsseldorf sind die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht besser, eher schlechter geworden. Das deutsche Unternehmertum leidet aber jeden Zweifels ohne ebenso wie jede Staatsoberpolitik ab. Wir bemühen uns, so betonte er, den gesunden Optimismus zu behalten und zu verteidigen. Wenn heute das Unternehmertum aus dem Gefühl seines Verantwortungsbewußtseins seine Stimme erneut erhebt, so geschieht das infolge der Wirkungen der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre. Wir haben, so betonte der Redner weiter, die Reichskanzler, Minister und Parlamentarier immer und immer wieder aufgefordert, ich selbst habe sie sogar wiederholt anzuersuchen, den Kurs der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu ändern, sonst steuert man mit Sicherheit dem Untergang entgegen.

Niemand hat uns geglaubt, niemand hat uns gehört, niemand hat uns geholfen.

Erst jetzt, wo das Haus der Wirtschaft schon anfängt zu brennen, wo überall sich schon Mutlosigkeit und Verdrossenheit in allen Teilen des Deutschen Reiches bemerkbar machen, jetzt kommt die Einsicht. Nur die Presse der Gewerkschaften hebt den Vorgang in der deutschen Wirtschaft noch immer blind gegenüber. Man höhet uns sogar, daß wir die „Fremde“ haben, eine Rentabilität unserer Arbeit zu verlangen. Es wird sich bald zeigen, wer die Verantwortlichkeit für die falsche Wirtschaftspolitik mit zu tragen und wer dafür mit zu büßen hat. Hoffentlich ist es noch nicht zu spät. Das schwebende Feuer ist, so glauben wir auch heute noch, zu löschen.

Noch halten wir eine Umkehr für aussichtsreich, noch lebt die Wirtschaft.

wenn auch in allerhöchstem Kampf ums Dasein. Eine sofortige Reform der Wirtschafts- und Finanzpolitik muß erfolgen, unbefürchtet darum, ob der Youngplan angenommen wird oder nicht. Wir haben immer wieder die Vorlage eines Planes der so nötigen Finanzreform gefordert. Die Regierung wird heute dem Reichstag Finanzvorläufe vorlegen, über die man sich gestern im Kabinett geeinigt haben soll. Das ist wenigstens etwas, wenn wir auch die großen politischen Unten einer Finanzreform in den bekanntgewordenen Vorläufen vermischen. Es geht um das Prinzip, um das ganze System. (Sehr richtig!) Jetzt darf nicht mehr geschwiegen, jetzt muß klar und deutlich unserem ganzen Volke verkündet werden:

Die Wirtschaft ist am Ende ihrer Kraft!

Nach den Begrüßungsworten des Geheimrats Duisberg überbrachte der

Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Moldenhauer

die Größe der Reichsregierung. In einer längeren Rede nahm der Minister ab dann zu den Themen der Tagung, nämlich Wirtschafts- und Sozialpolitik, sowie Finanz- und Steuerpolitik Stellung. Er gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der große und ungediente Aufschwung der deutschen und europäischen Wirtschaft im vergangenen Jahrhundert der kapitalistischen Wirtschaft, der privaten Initiative und ihrem Gewinnstreben zu danken sei. Das kapitalistische Wirtschaftssystem sei nicht dem Untergang zu, um einem anderen System Platz zu machen, sondern gerade dieses kapitalistische System sei es, durch welches man nicht nur die Schwierigkeiten in Deutschland, sondern auch in den anderen Ländern bekämpfen und beseitigen könne.

Diesen Eindruck habe er, der Wirtschaftsminister, besonders auf einer Reise nach den Vereinigten Staaten gewonnen. Die äußeren Erscheinungsformen des kapitalistischen Wirtschaftssystems unterliegen jedoch Wandlungen, und das soziale Element habe heute eine andere Bedeutung gewonnen.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung könne sich nur halten, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich die Hände reichen. Dagegen würde eine Wirtschaftspolitik, die das soziale Element überhöht, erschellen. Andererseits müsse die Sozialpolitik die Gesetze der Wirtschaft achten.

Zur Finanz- und Steuerpolitik übergehend, dankte der Reichswirtschaftsminister dem Reichsverband der Deutschen Industrie für die in seiner Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ geleistete wertvolle Arbeit. Die Arbeiten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie seien für die Arbeiten der Reichsregierung sehr wertvoll, da mit ihnen der Verlust gemacht werde, am Wiederaufbau leidenschaftlos mitzuarbeiten.

Die Wirtschaft müsse jedoch die Schwierigkeiten der Durchführung einer Reichsfinanzreform berücksichtigen.

Nicht beieinander wohnen die Reformgedanken, jedoch hart im politischen Raum stoßen sich die Tatsachen! Das Reformprogramm der Regierung werde auf heftigen Widerstand stoßen; aber es dürfe nicht durch die Kritik gelähmt werden, so daß die in ihr enthaltenen Bestrebungen reiflos erstickten. Er, der Minister, sei sich der Mängel der Vorlage bewußt.

Das Programm möge im einzelnen Fehler haben, aber es sei für die Wirtschaft besser, wenn in diesem Programm wenigstens die Tendenz enthalten sei, die der Wirtschaft entspreche. Das gelte besonders für die Anerkennung der Notwendigkeit der Kapitalbildung. Es sei der ersten Wille der Reichsregierung, die große Reform nicht nur durch ein Sofortprogramm, sondern ganz und gar durchzuführen. Zum Schluß seiner Ausführungen gab der Reichswirtschaftsminister der Hoffnung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der Wirtschaft mit der Regierung Ausdruck, da nur durch eine auf gegenseitiges Vertrauen aufgebaute Zusammenarbeit der Aufstieg möglich sei.

Geheimrat Dr. Duisberg

dankte für die mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Reichswirtschaftsministers, die er als eine programmatische Erklärung betrachte. Er betonte, daß der Minister an die Spitze seiner Ausführungen die Notwendigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems gestellt habe, und daß er sich für den Zusammenbruch aller aufbauenden Kräfte eingesetzt habe. Namens des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erklärte er, daß dieser stets hinter dem Reichsbauminister Dr. Curtius und dem Reichswirtschafts-

minister Prof. Dr. Moldenhauer stehe, aber es züfassen beiden Ministern zu:

„Sandral, werde und bleibe hart gegenüber anderen Systemen!“

Als erster Redner sprach dann

Fabrikbesitzer Georg Müller-Derlinghausen

über Wirtschafts- und Sozialpolitik. Seine Rede vermied er, die Lage der deutschen Wirtschaft in außenpolitische Zusammenhänge hineinzustellen. Besonders wandte er sich dagegen, daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung Deutschlands seit dem Jahre 1924 überschätzt wurde. An der Kapitalbildung, die seit diesem Jahre eingeleitet habe, seien weder die Industrie noch die Landwirtschaft beteiligt. Auch der Prozeß der Aufwertung sei keinesfalls als Vermögensaufbau zu bewerten. Produktionsmäßig gesehen sei das Jahr 1929 kein Rotjahr. Aber es gelte wohl der Satz der Denkschrift des Reichsverbandes: „Bei steigendem Lohn, steigender Staatslast, steigendem Zins und sinkender Rente wird der Punkt überschritten, wo die Erhaltung der Produktion noch einen Sinn hat.“ Der Vortragende wandte sich dann gegen die deutsche Staatsführung, der er vollkommene Versagen vorwarf.

Die Entwicklung Deutschlands zum Versorgungsstaat

hätte auch innerpolitisch zu einer lebensfähigen Wirtschaftsführung geführt. Bei einem Durchschnittslohn von 2000 Mark sind jährlich 8 Millionen arbeitende Menschen besonders für die Durchführung der Sozialpolitik tätig. Das finanzielle Frankreich sei wesentlich beschwerder in seiner Wirtschaftslage. Es sei für Deutschland ein unmöglicher Zustand, daß auf ein Volkseinkommen von rund 65 Milliarden Mark im Jahr allein 40 Prozent dieses Einkommens vom Staat für öffentliche Zwecke konfisziert würden.

Der Redner schloß mit dem Hinweis: Der Kapitalist ist Mittel zum Zweck, da das wirkliche Interesse allein der Produktion im Betrieb als Grundlage unserer nationalen Existenz gilt. Die Industrie will mit einer gefestigten Produktion Grundlagen schaffen und verlangt weiter nichts, als daß sie in dieser Arbeit so weit unterstützt wird, wie es die Arbeiter der ganzen Nation verlangen.

Es folgte der mit Spannung erwartete Vortrag von

Dr. Paul Silverberg, Adm.

über Steuer- und Finanzpolitik

das augenblicklich im Brennpunkt des Interesses stehende Thema. Dr. Silverberg ging davon aus, daß die individualistisch-kapitalistische Wirtschaft nicht erfolgreich sein könne, wenn der Staat eine kollektivistische Wirtschaft und besonders eine sozialistisch-kollektivistische Steuer- und Finanzpolitik treibe. Solange dieser innere Widerspruch bestehe, würden vor allem auch die ausländischen Verpflichtungen des Reiches nicht durch Ueberschüsse der Zahlungsbilanz abgedeckt werden können.

Der Youngplan werde der Ausgangspunkt zur Selbstheilung über die wirkliche Lage Deutschlands sein.

wenn man auch, geküßt auf Staatskunst, diese Lage verschleierte. Nach einer Darstellung der Auswirkungen der Erbschmerzlichen Finanzreform auf die staatsrechtlichen Verhältnisse, die kommunale Finanzabgarung und die Kapitalbildung ging Dr. Silverberg auf den Ausgangspunkt seiner eigentlichen Ausführungen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung, ein und stellte der durch die Eingriffe der staatslichen Finanzpolitik außerordentlich verminderten Kapitalbildung das erhöhte Volumen der Löhne und Gehälter als Ausgangspunkt überhöhten Konsums gegenüber. Die Folge sei, daß es nicht nur der Privatwirtschaft an Betriebs- und meist auch an Anlagekapital ermangele, sondern daß auch die öffentliche Hand, obwohl sie im Uebermaß mobiles Kapital an sich gezogen habe, in bedenklicher Weise lang- und kurzfristige verschuldet sei. Aus dieser Sachlage kam der Vortragende zu

folgenden grundsätzlichen Forderungen:

Förderung der privaten Kapitalbildung durch sparsame Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand; Steuerumlagerung nach volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Gesichtspunkten; Reform der Finanzwirtschaft.

Zum ersten Punkt forderte der Referent zunächst für Reich, Länder, Kommunen und Kirchengemeinden eine Verminderung der Ausgaben um 5 Prozent, was eine Ersparnis von 800 Millionen Mark im Jahre ausmache. Ohne eine

durchgreifende Verwaltungsreform

sei aber die Ausgabenverfärgung auf die Dauer nicht durchzuführen. Bei der zweiten Forderung, der Umlagerung in der Steuerausbringung, ging Dr. Silverberg von dem Grundsatz aus, daß die Verteuerung den entbehrlichen Konsum einschränke, die Kapitalbildung vor allem in dem Unternehmen fördere und die Zinsküße und Selbstkosten senken müsse. Die verpflüchtete Kapitalbildung außerhalb der Betriebe komme bisher der Wirtschaft nicht nur auf Umwegen zugute.

Angeht die Ueberspannung der direkten Steuern fordert der Vortragende sodann eine weit stärkere Heranziehung des Konsums entbehrlicher Genussmittel.

In Bezug auf die Belastung des Tabaks ging Dr. Silverberg über die Vorschläge des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hinaus und schlug eine Erhöhung des Tabaksteuers von die einen Rebertrag von 400 Millionen erbringen werde. Die Steuererlöse seien auf jeden Fall zu befestigen. Aus der

Bekanntmachung des Reichs

könnten 600 Millionen Mark mehr erzielt werden als heute. Bei den direkten Steuern lehnt Dr. Silverberg die schematische Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wegen der regionalen Unterschiede in den Lebensbedingungen ab. An Stelle des bisherigen Systems der Einkommensteueranteilerüberweisung sollten die Länder und Gemeinden begrenzte Zuschläge zur Reichseinkommensteuer erheben, die gegebenenfalls durch einen allgemeinen Verwaltungskostenbeitrag zu ergänzen seien. Welche Steuerarten würden das Interesse aller Bevölkerungsklassen an einer sparsamen Ausgabenwirtschaft weden.

Die Landwirtschaft

set durch Ermäßigung der Grundsteuer, das Gewerbe durch Herabsetzung oder Beseitigung der Realsteuer auf Lohnsummensteuer in begrenztem Umfang zu entlasten. Eine eigene kommunale Finanzwirtschaft unter maßgeblicher Verantwortung der Kommunen sei notwendig, weil die Verantwortung durch die Länder verlagert habe. Zum Schluß dieses Abschnitts fordert Dr. Silverberg die Erhebung der Personalsteuer auch bei den kleinen Jensten, um das Bewußtsein der Steuerbelastung zu weden.

In dem folgenden Teil seines Referats ging der Vortragende auf den Zusammenhang zwischen öffentlicher Finanzwirtschaft und Kapitalmarkt ein. Er schilderte die Verschuldung von Reich, Ländern und Gemeinden und kennzeichnete die Folgen der Verschuldung der Gesetze im nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt durch die Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand in Deutschland.

Im letzten Hauptabschnitt seiner Ausführungen, der sich mit der oben erwähnten dritten grundsätzlichen Forderung der Reform der Finanzwirtschaft

befasste, machte Dr. Silverberg eine Reihe neuer und eigener Vorschläge. Zur Kontrolle der öffentlichen Finanzwirtschaft sei eine besondere Abteilung beim Reichsfinanzministerium zu schaffen, der u. a. die öffentliche Anleihepolitik, die Finanzabgarung der sozialen Versicherung und die öffentlich-rechtlichen Finanzinstitute von Reich, Ländern und Gemeinden zu unterstellen seien. Diese sehr großen Aufgaben könne die Reichsbank erfüllen.

Sodann machte Dr. Silverberg den Vorschlag, die Industrieausgaben, hat sie in der Ausgabenwirtschaft des Staats verschwinden zu lassen, zur Finanzierung der Landwirtschaft in Höhe von 200 Millionen Reichsmark für fünf Jahre bei den Unternehmen mit mehr als 5 Millionen RM. Betriebsvermögen weiterzuerheben.

Die Bank für Industrieobligationen solle diesen Betrag in Form eines privatwirtschaftlichen Sondervermögens zur Entschuldung der lebensfähigen landwirtschaftlichen Betriebe ansammeln und verwalten. Neben diesem Fonds in Höhe von 1,25 Milliarden RM. solle zur Finanzierung der Reichsbahn aus dem 300-Millionen-Jahresauskommen der Verlehrssteuer ein Sonderfonds von dreimal 300 Millionen RM. gebildet werden. Nach drei Jahren müsse die Verlehrssteuer wegfallen, ebenso wie die Industrieabgabe nach Ablauf der fünfjährigen Weitererhebung.

Zur Konsolidierung der bestehenden Schulden und Dedung des kommenden Finanzbedarfs sei eine grundsätzliche Unterteilung der Kapitalmärkte in der Weise erforderlich, daß die ausländischen Kapitalmärkte einzuweichen der Reichsbahn und der Privatwirtschaft vorbehalten bleiben müßten. Für die Sicherstellung des Kapitalbedarfs des Reiches machte Dr. Silverberg den Vorschlag,

eine besondere Reichstreuhandgesellschaft zu schaffen.

an die das Reich seine Stamm- und Vorkausaktien der Reichsbahn und seinen übrigen wertvollen Effektenbesitz einzubringen hätte. Dieses Institut, das in enger Anlehnung an die Reichsbank arbeiten würde, hätte unter Reichsgarantie befehlbare Reichstreuhandobligationen auszugeben, für die der gesamte inländische Kapitalmarkt in erster Linie zu beanspruchen sei. Andere Aufgaben der Reichstreuhandgesellschaft würden die Kursregulierungen der Wertpapiere für die Reichsbahnvorkausaktien, die Ausgabe von Anleihen an Länder und Gemeinden, Beteiligung am öffentlichen Versorgungsbetrieb usw. sein.

Im Schlußabschnitt, der sich mit der Konsolidierung bei den Ländern und Gemeinden befaßt, nahm Dr. Silverberg zu dem Versuch des Städte tags Stellung, die Konsolidierung im Wege der gegenfeitigen Unterteilung durch die Sparkassen herbeizuführen. Er hielt die Konsolidation auf diese Weise bei denkbar energischer Durchführung für möglich und erwünscht. Für die Zukunft sei eine Beratungskommission mit erweiterten Vollmachten nicht zu entbehren, da der Youngplan uns in Bezug auf den Transfer neue schwere Verpflichtungen auferlege.

Nach der Zusammenfassung seiner hauptsächlichsten Forderungen und Vorschläge schloß Dr. Silverberg mit dem Ausdruck seiner Ueberzeugung, daß bei energischem Willen, an den Jrtümern zu lernen und sofort zu handeln, in der Wirtschaft und den Finanzen Deutschlands ans eigener Kraft Ordnung geschaffen werden könne.

Die Vorbereitungen zur Haager Konferenz

Mussolinis Balkan-Politik

(Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten)

Paris, 12. Dez. Die französische Delegation für die zweite Haager Konferenz wird, wie man jetzt bestimmt hört, unter Führung des Ministerpräsidenten Lardieu selbst stehen. Die anderen Mitglieder sind der Außenminister Briand, der Finanzminister Charon, der Arbeitsminister Pouchet, und Moreau, der Gouverneur der Bank von Frankreich. Man hofft besonders hier, daß es im Haag zu einer Begegnung zwischen Lardieu und Macdonald kommen wird. Die englische Delegation wird wieder dieselbe sein wie auf der ersten Haager Konferenz. In unterrichteten Kreisen bestreitet man, daß der Schatzkanzler Snowden die Absicht habe, die Einsetzung der Internationalen Tribunal durch zahlreiche Zusatzanträge zu erschweren, denn nicht nur darüber, sondern auch über alle anderen Konferenzfragen habe man diesmal durch einen reichlichen Gedankenaustausch zwischen den beteiligten Rabinetts das Terrain so gründlich vorbereitet, daß man vor Ueberraschungen gesichert sei. Man dürfe also damit rechnen, daß

die zweite Haager Konferenz nicht länger als zehn Tage in Anspruch nehmen werde. Auch die kleineren Mächte seien

an den Vorbereitungen eingehend beteiligt worden. Darum hofft man hier auch in der Frage der Reparationen auf ein günstiges Ergebnis und bezeichnet als den

einzig wirklich dunklen Punkt am Himmel der Konferenz das Memorandum des Reichsbankpräsidenten Schacht, besonders den darin enthaltenen Angriff auf die Beschlüsse der ersten Haager Konferenz.

Nach römischen Meldungen ist der Besuch der beiden

Bulgarischen Minister bei Grandi und Mussolini erfolgreich gewesen. Besonders deutlich zeigt dies eine Mitteilung, die die italienische Gelandtschaft in Sofia veröffentlicht hat. In dieser heißt es, Grandi habe offiziell mitgeteilt, daß Italien auf der zweiten Haager Konferenz in der Frage der Reparationen die Interessen Bulgariens verteidigen werde, wie es bisher auch schon diejenigen Ungarns verteidigt habe. Dann wird hinzugefügt, Grandi hoffe aber, daß diese Zustimmung der günstigen Haltung Mussolinis Bulgarien gegenüber auch genügend gewürdigt werde.

An den bisherigen Pariser Beratungen über die Reparationen hat Italien, das mit der bulgarischen Außenpolitik unzufrieden war, gerade die schärfsten Forderungen an Bulgarien gestellt. Es hat also seine Stellungnahme jetzt völlig geändert.